



## **Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 11.11.2002**

---

**Punkt 1:** Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Heinks** begrüßt alle Anwesenden, besonders die Presse und die Zuhörer. Er eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Da die Sitzung des Verwaltungsausschusses scheinbar noch nicht beendet ist und dadurch bedingt einige Ausschussmitglieder nicht anwesend sind, stellt **Herr Heinks** zunächst die Frage, wie weiter verfahren werden soll. Es wird dafür plädiert, mit der Sitzung wie gewohnt fortzufahren.

**Punkt 2:** Feststellung der Tagesordnung

**Herr Heinks** stellt fest, dass gegen die Tagesordnung kein Einwand erhoben wird.

**Punkt 3:** Genehmigung der Niederschrift Nr.4 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 05.09.2002

**Beschluss:** Die Niederschrift Nr. 4 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 05.09.2002 wird einstimmig genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

**Punkt 4:** Einwohnerfragestunde

Durch die anwesenden Einwohner werden keine Fragen zu den Beratungspunkten gestellt.

**Punkt 5:** Vorlage 14/216/2  
Fortsetzung des Eckwerteverfahren zum Haushalt 2003 (incl. Produktbuch)

**Frau Pohlmann** bittet im Namen der SPD-Fraktion, heute noch nicht über die Vorlage abzustimmen. Um einige Wünsche doch noch realisieren zu können, wird seitens der SPD-Fraktion der Antrag gestellt, die Sachkosten im Verwaltungshaushalt um 5% zu kürzen. Genaueres soll aber in einer weiteren Klausurtagung festgelegt werden.

**Herr Münch** führt dazu aus, dass die Ansätze des Jahres 2003 im Fachbereich 400 gegenüber dem Vorjahresergebnis eine pauschale Kürzung von per Saldo 15% beinhalten. Für eine weitergehende Einsparung, wie von der SPD-Fraktion heute anvisiert, sehe er keinen Raum.

Im Gegenteil, bereits jetzt sei für ihn erkennbar, dass einige Haushaltsansätze bereits Anfang des Jahres 2003 erschöpft sein würden. Als Beispiel nennt er den Ansatz der Haushaltsstelle 1100-6500, welcher u.a. für Portoaufwendungen des Fachdienstes 432 gelte. Hohe Portoaufwendungen betrafen insbesondere den Bereich Bußgelder und Verwarnungen. Außerdem werde der Feuerwehr spätestens im Herbst 2003 das Geld für Diesel ihrer Fahrzeuge ausgehen, warnt **Herr Münch**.

**Herr Ahten** bestätigt die Einschätzung Herrn Münchs aus der Sicht des Fachdienstes 432. Die entwurfsmäßig veranschlagten Mittel für 2003 seien nicht auskömmlich. Die Sachkosten wurden insgesamt mit 103.000 Euro veranschlagt.

Das Problem bildeten hier 2 Ansätze, die früher Verrechnungsposten gewesen seien und seinerzeit noch kein "echtes" Geld für den Fachdienst bedeutet hätten. Diese Verrechnungsposten seien aber Sachkosten geworden. Die Sachkosten befänden sich in einem sogenannten Deckungskreis. Dieses bedeutet, dass **Minder**ausgaben bei einer Haushaltsstelle

## **Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 11.11.2002**

---

automatisch, d.h. ohne gesonderte überplanmäßige Ausgabeermächtigung, zu entsprechenden Mehrausgaben bei einer anderen Haushaltsstelle des Deckungskreises berechtigten. Leider gelte das auch im umgekehrten Fall: **Mehrausgaben** bei eine Haushaltsstelle, z.B. bei der genannten Haushaltsstelle 1100-6500, blockierten entsprechende Mittel auf den übrigen Haushaltsstellen. Damit seien die früheren Verrechnungsposten zu "echtem" Geld geworden.

**Herr Ahten** bemerkt weiter, dass es sich speziell um die Ansätze für Büromieten, welche um ca. 15.000 Euro auf ca. 44.000 Euro gestiegen seien und die bereits genannten Portokosten handele. Bei den Portokosten rechne der Fachdienst 432 mit einer Rechnungsstellung durch den Fachdienst 210 in Höhe von 75.000 Euro pro Jahr. In der Summe übersteigen diese beiden Teilbeträge von zusammen 119.000 Euro bereits den veranschlagten Betrag von 103.000 Euro bei weitem. Somit verblieben keine Mittel für die übrigen, aber unabdingbaren Ausgaben. Der Fachdienst 432 gehe unter der genannten Voraussetzung, dass er mit den Ausgaben für Mieten und Porto in genannter Höhe belastet werde, von einer Unterdeckung von mindestens 66.600 Euro aus. Auch, wenn es bei den im Entwurf dargestellten Haushaltsansätzen bliebe, sei der Fachdienst bereits früh im Jahre 2003 gezwungen, zusätzliche Haushaltsmittel überplanmäßig zu beantragen. Weitere Kürzungen seien somit auf keinen Fall möglich.

**Herr Grendel** bestätigt die Angaben inhaltlich und erläutert die Gründe für die gestiegenen Portokosten. Die Probleme seien zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsentwurfes noch nicht erkennbar gewesen, da zu diesem Zeitpunkt (Ende Juni) noch 22.000 Euro des Haushaltsansatzes in Höhe von 39.400 Euro zur Verfügung gestanden hätten. Dabei sei auch nicht bekannt gewesen, dass zu dem genannten Zeitpunkt bereits Portokosten in Höhe von 30.000 Euro aus Haushaltsresten des Vorjahres (die im übrigen nicht auf dieser Haushaltsstelle erwirtschaftet wurden), also insgesamt 50.000 Euro Portokosten, gezahlt worden seien. Da für die Quartale III und IV 2002 mit ähnlichen Portokosten zu rechnen sei, reichten die Mittel schon in diesem Jahr nicht aus. Diesen Missstand gelte es nun für den Haushalt 2003 zu bereinigen.

(17.15 Uhr Herr Odinga, Herr Rosenboom, Herr Lutz und Herr Röttgers nehmen an der Sitzung teil.)

**Herr Lutz** weist auf die gerade stattgefundenene Sitzung des Verwaltungsausschusses hin und bemerkt, dass möglicherweise der Stadt durch eine Gesetzesänderung mit Auswirkungen auf die Gewerbesteuer für 2003 ein dicker Minusbetrag von mehr als 3,1 Millionen Euro ins Haus stehen könnte.

Im Hinblick auf die gerade hier geführte Diskussion erklärt er, dass bei der Planung des Haushaltes 2003 sämtliche Möglichkeiten zur Einsparung hergezogen worden seien. Auch innerhalb der Fachbereiche gebe es keinerlei Spielraum mehr, man müsse alles daran setzen, um mit dem Geld auszukommen. Diese Disziplin müsse verlangt werden, weil zusätzliches Geld nicht da wäre.

Die Frage von **Herr Buisker**, wie das Geld für das Investitionsprogramm für das Feuerwehrhaus Widdelswehr / Petkum zusammengekommen sei, beantwortet **Herr Münch** mit dem Bemerkten, dass es sich um die zugestandenen Haushaltsmittel sowie die Übertragung von eingespartem Geld vom Neubau des Feuerwehrhauses in Wybelsum handele.

**Herr Dr. Kleiminger** erklärt zur Frage von **Herrn Klaassen** nach dem Ansatz für den Schlachthof, dass Einnahme- und Ausgabe-Haushaltsstelle neutral gehalten seien, weil der Schlachthof momentan nicht betrieben werde.

**Herr Schaudinn** fragt nach der Personalausstattung des Fachbereiches 400 und weist auf eine Differenz zwischen den Seiten 222 und 560 hin.

## **Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 11.11.2002**

---

**Herr Lutz** berichtet, dass die Zielzahl nach Mummert & Partner vom Fachbereich 400 als erster Fachbereich erfüllt wurde.

Nach einer kurzen Diskussion darüber, wie nach dem Antrag der SPD, die Sachkosten um 5% zu kürzen, weiter verfahren werden soll, verweist **Herr Lutz** auf den enormen Arbeitsaufwand, der entstehe, wenn ca. 1.000 Sachkonten um 5% reduziert werden müssten. Außerdem könnte der Termin am 19.12.2002 zur Beschlussfassung des Rates nicht garantiert werden.

**Herr Rosenboom** teilt für seine Fraktion mit, dass sie dem Eckwerteverfahren zum Haushalt 2003 ( incl. Produktbuch) - wie vorgelegt- heute zustimmen werde.

**Frau Pohlmann** bittet zur Klärung des weiteren Vorgehens seitens der SPD um kurze Sitzungsunterbrechung.

Die Sitzung wird von 17.40 bis 17.53 Uhr kurz unterbrochen.

**Frau Pohlmann** erklärt, dass die SPD den Antrag zurücknehme, sich bei der Abstimmung aber der Stimme enthalte. Es solle in der SPD-Fraktion über das Eckwerteverfahren zum Haushalt 2003 noch weiter beraten werden.

**Herr Heinks** läßt über das Eckwerteverfahren zum Haushalt 2003 (inkl. Produktbuch) abstimmen.

**Beschluss:** Der Oberbürgermeister wird gebeten, auf der Grundlage der in den Fachausschüssen zum Eckwerteverfahren gefassten Beschlüsse dem Rat der Stadt Emden rechtzeitig die Unterlagen zum Produktbuch/Haushalt 2003 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit  
Dafür: 6  
Enthalt.: 5

Herr Lutz, Herr Mansholt und Frau Stomberg verlassen die Sitzung.

**Punkt 6:** Mitteilungen des Oberbürgermeisters

**Herr Rosenboom** zeigt sich verwundert darüber, dass die nachfolgenden Anträge alle über eine Mitteilungsvorlage und nicht über eine Beschlussvorlage erledigt werden.

**Herr Münch** führt aus, dass es sich bei den Anträgen um Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises handele, die keiner Beschlussempfehlung des Ausschusses bedürfen.

**Herr Grendel** erläutert ausführlich an Hand von Folien die neue Richtlinie für die Schaffung von Fußgängerüberwegen und den darauf aufbauenden Erlass des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr vom 01.08.2002. Beide Dokumente liegen dem Protokoll als Anlage bei.

a) Vorlage 14/395  
Einrichtung eines Fußgängerüberweges im Wykhoffweg Höhe Neukauf;  
Antrag der Ratsmitglieder Johann Südhoff und Horst Jahnke (SPD) vom 08.07.2002

**Herr Grendel** trägt vor, dass im Wykhoffweg in Höhe Neukauf ein Fußgängerüberweg neu angelegt worden ist.

Kenntnis genommen.

## **Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 11.11.2002**

---

- b) Vorlage 14/396  
Einrichtung eines Fußgängerüberweges in der Straße Möwensteert Höhe  
Neubau Grundschule; Antrag der CDU-Fraktion vom 04.08.2002

**Herr Grendel** verweist in seiner Erläuterung zur Mitteilungsvorlage auf die Messergebnisse. Er sei über das Ergebnis selbst entsetzt gewesen, die Zahlen reichten am Möwensteert, selbst wenn diese schön gerechnet würden, für die gesetzlichen Vorgaben bei weitem nicht aus. Die von der Polizei in diesem Zusammenhang vorgenommenen Geschwindigkeitsmessungen - mit dem Ergebnis: 86% der Fahrzeuge waren im Schnitt mit 32 km/h unterwegs - bestätigte die Tempo-30-Zone. Zum zwangsläufigem Langsamfahren führe auch die Rechtsvor-Links-Regelung auf dieser Straße. Das Ergebnis der Verkehrsbeobachtung wurde dem Schulleiternrat auf Anfrage erläutert. Diese erwägen nun, dort zu Schulzeiten einen Lotsendienst einzurichten.

### **Anmerkung der Protokollführerin:**

Der Lotsendienst wurde zwischenzeitlich eingerichtet!

**Herr Buisker** kann die Ablehnung eines Zebrastreifens nicht nachvollziehen.

Auch **Herr Rosenboom** hat seine Bedenken und fragt, ob der vorhandene Zebrastreifen im Kopersand in der Nähe von IG Metall nun sogar entfernt werden müsse.

In der darauffolgenden Diskussion bemerkt **Herr Grendel**, dass der Zebrastreifen früher unter anderen Voraussetzungen gebaut wurde, dieser zwar nicht mehr notwendig sei, aber zunächst nicht entfernt würde.

### **Kenntnis genommen.**

- c) Vorlage 14/397  
Ausweisung der Fürbringerstraße als Einbahnstraße; Antrag des Ratsmitgliedes Kai-Uwe Schulze vom 05.08.2002

### **Kenntnis genommen.**

- d) Vorlage 14/398  
Verkehrssituation im Conrebbersweg; Antrag der SPD-Fraktion vom 06.08.2002

### **Kenntnis genommen.**

- e) Vorlage 14/399  
Geschwindigkeitsbegrenzung auf der L 2 im Bereich Petkumer Münte;  
Antrag der FDP-Fraktion vom 12.08.2002

### **Kenntnis genommen.**

- f) Vorlage 14/400  
Einrichtung eines Fußgängerüberweges in der Hermann-Allmers-Straße  
Höhe Einmündung Heinrich-von-Kleist-Straße; Antrag des Ratsmitgliedes  
Walter Davids vom 17.10.2002

Ergänzend weist **Herr Grendel** darauf hin, dass auch hier die Querungszahlen wahrscheinlich nicht erreicht werden. Außerdem werde derzeit dort eine Verkehrsinsel angelegt und dieser Bereich werde auch nicht als Schulweg genutzt. Trotzdem soll nach Abschluss der

## **Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 11.11.2002**

---

Bauarbeiten nochmals gezählt und das Ergebnis dem Rat bzw. den Ausschüssen zur Kenntnis gegeben werden.

### **Kenntnis genommen.**

- g) Vorlage 14/402  
Verkehrssituation Heereweg Jarssum / Hilmarsum / Borssum -Anfrage des Ratsherrn Heino Ammersken, FDP, vom 12.07.2002

### **Kenntnis genommen.**

- h) Vorlage 14/403  
Zufahrt zum neuen Parkhaus von der Ringstraße -Anfrage der FDP-Fraktion vom 16.08.2002

### **Kenntnis genommen.**

- h) Vorlage 14/404  
Verschiedene Anfragen aus einer Bürgersprechstunde der SPD-Fraktion vom 01.07.2002

### **Kenntnis genommen.**

- i) Vorlage 14/405  
Änderung der Straßenführung der Otto-Hahn-Straße zur Einbahnstraße - Anfrage der FDP-Fraktion vom 10.10.2002

**Herr Heinks** bemerkt, dass mit den Betroffenen über eine mögliche Lösungsmöglichkeit diskutiert werden soll.

### **Kenntnis genommen.**

- j) Vorlage 14/406  
Verkehrssituation im Liekeweg Höhe Einmündung Zypressenstraße - Anfrage der FDP-Fraktion vom 21.10.2002

**Herr Schaudinn** fragt, ob es neue Erkenntnisse gäbe und ob ein Gespräch mit dem Marktbetreiber geführt worden sei.

**Herr Grendel** erwidert, dass ein Gespräch noch nicht stattgefunden habe.

### **Kenntnis genommen.**

- k) Vorlage 14/407  
Umsetzung der LSA Süderweg, Jarssum, zur Klosterstraße, Hilmarsum; Antrag der Anwohner aus Jarssum auf Verbleib der LSA in Jarssum

**Herrn Schaudinn** will die Rechtfertigungen für den Abbau der Ampel nicht gelten lassen, man müsse die örtlichen Besonderheiten berücksichtigen. In seinem Vortrag lässt er nochmals die Vorgänge Revue passieren und weist auf die gesammelten Unterschriften der Anwohner für den Erhalt der Ampel hin. Diese Forderung sei ebenfalls während des Stadtteilgespräches im September vorgetragen worden. Für ihn stünden die schutzwürdigen Interessen im Vordergrund, so z.B., dass ältere Bürger - bei der enormen täglichen Verkehrsbelastung- die Ampel benötigten um zur Kirche oder zum DRK-Heim zu kommen.

## **Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 11.11.2002**

---

Es entsteht eine weitere Diskussion zu diesem Thema, in deren Verlauf die Frage gestellt wird, wann die Ampel abgebaut werde.

**Herr Grendel** bemerkt dazu, dass die Fußgängerampel in Jarssum in den nächsten zwei Wochen nicht abgebaut würde.

**Kenntnis genommen.**

### **I) B 70 - Ampelkreuzung Zum Nordkai -**

**Herr Röttgers** trägt vor, dass aufgrund einer Anregung der Grünen die Verwaltung - zusammen mit einem Planer- zu dem Ergebnis kam, dass eine Kreuzungslösung mit Ampeln als Verkehrssicherheitsmaßnahme gegenüber einer Kreisellösung zu favorisieren sei. Auch die Kosten seien günstiger, aber wiederum nicht so viel, dass man aus dem Haushalt "Honig schlecken" könne. Ziel sei, auch für diese Lösung 60% Zuschüsse zu bekommen, so dass die Stadt 40% zuschießen müsse.

Mit dem Ausbau der Kreuzung, so **Herr Röttgers**, müsse auf der östlichen Straßenseite als Verbindung von Borssum nach Friesland ein bis zu 500 m langer neuer Fuß- und Radweg gebaut sowie der vorhandene Kreuzungsbereich ausgebaut werden. Wie teuer diese Kreuzungslösung letztendlich werde, könne er noch nicht sagen. Detaillierte Pläne könnten in einem der nächsten Sitzungen des Stadtentwicklungsausschusses vorgestellt und die Baumaßnahme im nächsten Jahr vorbereitet werden.

**Kenntnis genommen.**

### **Punkt 7:                   Anfragen**

**Herr Richard Janssen** stellt für den Bürgerverein Conrebbersweg folgende Anfragen:

a) Besteht die Möglichkeit eines Fußgängerüberweges zur Bushaltestelle in der Pilsumer Reihe / Westerweg?

b) Kann eine Verkehrsberuhigung im Franekerweg erfolgen?

c) Schweriner Straße - Ist das Anlieger anschreiben bereits erfolgt?

d) Fußweg im Kürenweg / Klintenweg.

Ist die Errichtung einer Fahrradbarriere bis zum Kindergarten möglich?

**Herr Grendel** antwortet auf die Frage nach dem Fußgängerüberweg mit dem Hinweis, dass die Querungsstelle gezählt und bewertet werden müsse.

Zur Frage nach einer Verkehrsberuhigung bemerkt er, dass eine weitere Verkehrsberuhigung zwar durch einen entsprechenden Ausbau erzielt werden könne, Pflanzkübel seien aber rechtlich äußerst problematisch und würden nicht mehr eingesetzt (bestehende Regelungen ausgenommen).

e) **Herr Bornemann** berichtet, dass der erst kürzlich entfernte Zebrastreifen in der Eggenstraße wieder sichtbar ist. Der Stadtteilbeirat Barenburg wäre dafür, wenn der Fußgängerüberweg wieder eingerichtet würde.

**Herr Grendel** erwidert, dass dies aus Verkehrssicherheitsgründen abzulehnen sei. Polizei und Verwaltung seien zu dem Ergebnis gekommen, dass der Überweg unter anderem wegen der parkenden Fahrzeuge sehr schlecht für Autofahrer einsehbar sei. Die Fußgänger die die Straße aber auf dem Überweg überqueren, fühlten sich in einer trügerischen Sicherheit. Autofahrer aber hätten kaum die Möglichkeit, früh genug zu reagieren.

## **Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerservice am 11.11.2002**

---

Der von **Herrn Davids** gemachte Vorschlag, die Straße mit Tempo 30-Zone einzurichten, hält **Herr Grendel** für überlegenswert.

f) **Herr Buisker** fragt, ob im Neubaugebiet in Borßum, Wykhoffweg die Beleuchtung wegen der dunklen Jahreszeit nicht vorzeitig installiert werden könne.

**Herr Grendel** bemerkt, dass hierfür die Stadtwerke in Zusammenarbeit mit dem BEE zuständig seien.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19.32 Uhr.